



**mouvement
écologique**

A wat fir engem Europa wëlle mir liewen?

Umfrage des Mouvement Ecologique bei den politischen Parteien zu den EU-Wahlen

Der Mouvement Ecologique hat - auch als Orientierungshilfe für interessierte BürgerInnen - im Vorfeld der EU-Wahlen 30, aus seiner Sicht, zentrale Fragen für die nachhaltige Entwicklung an die politischen Parteien gerichtet.

Beantwortet haben den Fragebogen (in der Reihenfolge der Listennummern) folgende Parteien: DP, Piraten, Déi Konservativ, KPL, Déi Lénk, Déi Gréng, LSAP und ADR. Volt hat keine Rückmeldung gegeben.

Die CSV gab ihrerseits an, die Fragen seien nicht mit Ja oder Nein zu beantworten... und stellte dem Mouvement Ecologique ihr Wahlprogramm zu. **Das Programm der CSV erlaubt es einem Außenstehenden allerdings nicht, die Mehrzahl unserer Fragen zu beantworten.** Dies weil das Programm - so die Lektüre des Mouvement Ecologique - eine ganze Reihe von Fragen nicht direkt anspricht bzw. die Aussagen im Programm doch in vielen Punkten sehr allgemein gehalten sind. **Deshalb sei jedem, der diese Auswertung liest, überlassen, wie er die Nicht-Antwort der CSV bewertet. Nach Ansicht des Mouvement Ecologique ist sie höchst bedauerenswert, da somit der interessierte Bürger im Unklaren bleibt, ob diese Partei für die notwendigen Reformschritte im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung eintritt oder nicht.**

Dass die Fragen durchaus mit ja oder nein zu beantworten sind, wenn man denn eine Meinung zum Thema hat und sich einer öffentlichen Diskussion stellen möchte, zeigt die Tatsache auf, dass es immerhin acht Parteien gelungen ist...

Die Resultate der Umfrage sind zum Teil bemerkenswert: es scheint einen breiten Konsens zu doch sehr zentralen Fragen zu geben, jedoch sind durchaus interessante Unterschiede zwischen den Parteien zu erkennen.

Die zentralen Aspekte der Umfrage sind nachstehend in vier Kapiteln zusammengefasst:

Konsens: eine grundsätzliche Umgestaltung der EU im demokratischen, sozialen und ökologischen Bereich sind notwendig – Infragestellung des Wachstumsdogmas?!

- Alle Parteien, die den Fragebogen beantwortet haben, treten dafür ein, dass **Luxemburg seine Stimme konsequent für eine grundsätzliche Umgestaltung der EU erhebt, bei welcher der Fokus weitaus stärker auf soziale, ökologische und demokratische Rechte gelegt wird, als dies bisher der Fall ist.**
- Was bemerkenswert ist: es scheint ein recht großer Konsens darin zu bestehen, dass ein **europäisches Wirtschaftsmodell** aufgebaut werden soll, das den **Grenzen des Planeten** explizit Rechnung trägt und demnach nicht primär auf Wachstum ausgerichtet ist. Alle Parteien stimmen der Aussage zu, mit Ausnahme der DP, die angibt: *“Diese Frage ist nicht mit ja oder nein zu beantworten“.*
- Äußerst interessant ist darüber hinaus, dass alle Parteien der Überzeugung sind, die Wahrung folgender drei Prinzipien müsse bei allen EU-Entscheidungen (Direktiven, Finanzinstrumente, Strukturfonds, internationale Beziehungen und Vereinbarungen) untersucht und gewährleistet sein:
 - * Respekt des **Erhalts der Ökosysteme und der Lebensgrundlagen** (Biodiversität, Luft, Wasser, Boden, Klima sowie der Schutz der Ressourcen);
 - * Beitrag zur Umsetzung der **nachhaltigen Entwicklungsziele (SDGs) der Vereinten Nationen**;
 - * Priorität für das **Wohlbefinden der Menschen**.
- Gleiches gilt für die **Einführung eines Nachhaltigkeitschecks auf EU-Ebene** bei wichtigen Entscheidungen sowie der Zuordnung der Verwendung von Finanzmitteln. Auch dieses Instrument wird von allen Parteien - außer von „Déi Konservativ“ - befürwortet.
- Etwas irritierend ist nach Ansicht des Mouvement Ecologique, dass sich die DP sowie die LSAP gegen folgende Anregung richten (ebenso wie die ADR): *“Muss Ihrer Meinung nach die EU verstärkt - in Direktiven, Strategien, Vereinbarungen, im Rahmen der Fördermittel - die **Förderung neuer Lebensmodelle, von Gemeinwohliniitiven, der Regionalität, neuer Arbeitszeitmodelle** - als Instrumente zum Erreichen von Nachhaltigkeitszielen sicherstellen?“*. Die DP führt an, dies sei eine nationale Aufgabe, und die LSAP gibt an: *“nee-„Förderung neuer Lebensmodelle“ scheint uns zu vage ausgedrückt um diese Frage mit ja beantworten zu können. Außerdem spielt hier eine latent kulturelle Dimension mit, die nicht unbedingt über Direktiven zu bewerkstelligen ist.“*
- Alle Parteien treten zudem dafür ein, bei neuen **Freihandelsabkommen weitaus höhere ökologische, demokratische und soziale Standards** zu integrieren, als dies in der Vergangenheit der Fall war. D.h. u.a. keine weitgehende regulatorische Kooperation mit gegenseitiger Anerkennung, keine Sonderschiedsgerichte, explizite Verankerung des Pariser Klimaschutzabkommens sowie des Vorsorgeprinzips. Insofern, so die Interpretation des Mouvement Ecologique, müssten alle Parteien beim anstehenden Votum in der Abgeordnetenkammer gegen die aktuelle Form des Freihandelsabkommens mit Kanada (CETA) stimmen, denn dieses entspricht den genannten Kriterien nicht.

Dass sich die Mehrheit der Luxemburger Parteien für einen grundsätzlichen Umbau der EU ausspricht, ist nach Ansicht des Mouvement Ecologique absolut begrüßenswert.

Nach Ansicht des Mouvement Ecologique wird derzeit der Fokus in der Tat zu stark auf die Förderung einer unregulierten ökonomischen Globalisierung sowie u.a. auf die Wahrung der Rechte von Multinationalen gelegt, statt die Priorität auf die Werte des Gemeinwohls zu setzen. Dabei ist eine derartige Umorientierung nicht nur aus Sicht der nachhaltigen Entwicklung unerlässlich, sondern auch um die Legitimität und die Akzeptanz der EU gegenüber den BürgerInnen zu erhöhen.

Das Bekenntnis einer Reihe von Parteien, Gemeinwohl und Schutz unserer Lebensgrundlagen müssten Vorrang haben vor dem Wachstumszwang, kommt dabei de facto einem regelrechten Paradigmenwechsel gleich. Würde sich dies in der Praxis bewähren, so wäre dies von wegweisender Bedeutung! **Übrigens: da alle Parteien der aktuellen Regierung für dieses Prinzip eintreten, dürfte doch nichts der Entscheidung im Wege stehen, diese Leitlinien in Zukunft auch in Luxemburg anzuwenden!?**

Ähnliches gilt für die Einführung eines Nachhaltigkeitschecks (das ebenfalls von allen Parteien, außer „Déi Konservativ“ begrüßt wird)! Wird dieses Instrument in der Logik endlich in Luxemburg umgesetzt, so wie es bereits in der vergangenen Legislaturperiode versprochen wurde?!

Es würde auf jeden Fall das Vertrauen in die Politik stärken, wenn die politischen Parteien in Luxemburg selbst soweit wie möglich die Neuerungen umsetzen, für die sie auf EU-Ebene eintreten.

Biodiversität und Klimaschutz - weitreichender Konsens für fortschrittliche Maßnahmen auf EU-Ebene!

Biodiversität

Was den konkreten **Schutz der Biodiversität** anbelangt, so beinhaltet die Umfrage ebenfalls aufschlußreiche z.T. sehr positive Bekenntnisse.

- die **Schaffung eines Naturschutzfonds** von min. 15 Milliarden Euro / jährlich, eingespeist über Finanzmittel der EU-Agrarpolitik, wird teilweise befürwortet: die LSAP spricht sich dabei für eine andere Finanzierung aus, die ADR gegen die Forderung als solche, die DP beantwortet die Frage nicht direkt, sondern verweist darauf, dass dies eher über nationale Mittel erfolgen (Detail der Antwort siehe Tabelle);
- die Forderung, **Fördermittel der Agrarpolitik** müssten in Zukunft verstärkt darauf abzielen, Landwirte für Ihre *Leistungen* im Sinne der Allgemeinheit zu entlohnen statt *pauschaler Prämien* wird ebenfalls von fast allen Parteien unterstützt. Mit Ausnahme des ADR sowie in Nuancen seitens der DP, die angibt „*Die Nahrungsmittelherstellung ist im Sinne der Allgemeinheit*“;
- alle Parteien, außer der DP, die die Frage nicht mit Ja oder Nein beantwortet (Details siehe Tabelle), treten ebenfalls für ein **Maßnahmenpaket auf EU-Ebene mit entsprechenden Aktions- und Finanzmitteln** ein, um dem **dramatischen Arten- und im Besonderen Insektenrückgang** Einhalt zu gebieten und dessen Ursachen zu bekämpfen;
- die **Reform des Pestizidzulassungsverfahrens**, das Verbot besonders schädlicher Wirkstoffklassen sowie das Monitoring des Pestizideinsatzes wird ebenso von allen Parteien begrüßt.

Klimaschutz und Energiewende

- Bemerkenswert ist eine recht breite Zustimmung der Parteien zur **Einführung einer CO₂-Steuer**. Alle Parteien sprechen sich dafür aus, mit Ausnahme von „Déi Konservativ“ sowie der ADR. „Déi Lénk“ verbinden eine Einführung mit der Notwendigkeit flankierender Maßnahmen als Voraussetzung: *„Eine undifferenzierte CO₂-Steuer würde die Kosten für den Kampf gegen den Klimawandel vollständig auf die KonsumentInnen umlegen und dabei vor allem die schwachen Einkommensklassen überproportional belasten. Durch den Kaufkraftverlust würden in Europa ganze Bevölkerungsteile in die Armut rutschen. Die Last beim Klimaschutz müssen vielmehr jene tragen, die das Problem vorrangig verursacht haben. Eine CO₂-Steuer würde nur dann annehmbar, wenn der Kaufkraftverlust für die kleinen und mittleren Einkommen durch entsprechende Gegenmaßnahmen vollständig kompensiert werden kann. Auch müssen parallel dazu mit öffentlichen Mitteln Alternativen aufgebaut werden (Ausbau Schienenverkehr, erneuerbare Stromquellen, Biolandwirtschaft, etc.), die es den KonsumentInnen erlauben, auf CO₂-arme Produkte umzusteigen.“*
- Spannend ist, dass alle Parteien - erneut aber mit der Ausnahme von den Piraten, der „ADR“, „Déi Konservativ“ sowie von „Déi Lénk“ - für eine **europäische Besteuerung des Kerosinverbrauchs** sind, die den realen externen Kosten des Flugverkehrs entspricht. Das Argument von „Déi Lénk“: *„Fliegen darf nicht zu einem Privileg für Reiche werden. Eine solche Besteuerung wäre nur dann annehmbar, wenn eine Rückerstattung der Steuer (oder eines Teils der Steuer) je nach Einkommensklasse vorgesehen ist.“*
- Alle Parteien, außer der ADR, würden sich zudem konsequent für die **Abänderung des Euratom-Vertrages** einsetzen, dies im Sinne eines Ausstiegs aus der Atomkraft.
- Auch die Frage, ob **Gelder aus dem EU-Haushalt, den Strukturfonds sowie der EIB** zukünftig nicht mehr in fossile und nukleare Energie- und Forschungsprojekte (u.a. ITER) investiert werden sollen, sondern exklusiv nachhaltigen Alternativen zugute kommen (welche vorab einem Klimacheck unterworfen wurden), findet recht breite Zustimmung. Die DP spricht sich allerdings dagegen aus (*„Ist ITER nicht nachhaltig?“*), ebenso wie „Déi Konservativ“ sowie der „ADR“.

Was den Biodiversitätsschutz sowie die Klimapolitik betrifft, so scheint eine gewisse Entwicklung im Bewusstsein der Politik stattgefunden zu haben. Dies ist auch dringend geboten, wird doch einerseits im IPPC Bericht eindringlich dargelegt, dass nur noch 10-12 Jahre bleiben um zu Handeln bzw. im neuen UN-Bericht, dass wir dabei sind unsere natürlichen Lebensgrundlagen zu zerstören.

Es wäre nun von eminenter Bedeutung, wenn Aussagen u.a. zur CO₂-Steuer, der Kerosinsteuer u.a., effektiv umgehend angepackt werden und zudem nicht nur eine „halbherzige“ Umsetzung erfolgt!

Relative Zustimmung zu einzelnen konkreten Instrumenten der Umweltpolitik sowie einer Umorientierung der Mobilitätspolitik

Die Parteien, die an der Umfrage teilgenommen haben, treten für weitere konkrete Instrumente zur Umgestaltung des Gesellschafts- und Wirtschaftsmodells ein. So u.a.

- verbindliche Ziele für die EU, die Mitgliedstaaten sowie die Industrie, um den **Ressourcenverbrauch** einzudämmen (Ausnahmen: Déi Konservativ und ADR, die mit „nein“ antworten und die DP, die die Frage nicht mit „ja“ oder „nein“ beantwortet hat sondern kommentiert, Details siehe Tabelle);
- für ein **starkes und ambitioniertes 8. europäisches Umweltprogramm**;
- **strengere Grenzwerte für die Emissionen der Schifffahrt sowie der PKWs- und LKWs** (Ausnahme: Déi Konservativ);
- die Überarbeitung der **Chemikalien-Richtlinie Reach** in dem Sinne, dass der Schutz der Bevölkerung erhöht sowie die Vorgaben zu deren Umsetzung verbessert werden;
- eine **Verschärfung des Wasserschutzes** im Rahmen des anstehenden Fitnesschecks der Wasserrahmenrichtlinie;
- Festlegung strengerer Normen im Rahmen des **Fitnesschecks der Richtlinie zur Luftqualität** und konsequentere Umsetzung der Normen in den Mitgliedsländern;
- eine **Verlagerung der europäischen Investitionspolitik im Verkehrsbereich**, weg von ökologisch und ökonomisch fragwürdigen Straßenbauprojekten hin zum konsequenten Ausbau der Schieneninfrastruktur, der Verlagerung des Güterverkehrs auf die Schiene, d.h. für eine weitgehende **Verkehrswende**? (Ausnahme ADR, mit folgender Begründung: „Die ADR stellt die Legitimität des Individualverkehrs, inklusive mit PKW, nicht in Frage“).

Eine Wertung dieser Aussagen der politischen Parteien fällt einerseits sehr positiv aus: es scheint erkannt zu werden, dass eine erhebliche Reduktion des Ressourcenverbrauchs unumgänglich ist, eine Verkehrswende geboten... und doch. Ob dieser positiven Analyse mischt sich die Skepsis, warum denn bis dato nicht auch in Luxemburg konsequenter an derartigen Zielen gearbeitet wird. Doch trotz dieser Bedenken: nach Ansicht des Mouvement Ecologique ist es äußerst bemerkenswert, dass die Parteien derart zahlreich für eine offensivere Umweltpolitik resp. eine Trendwende in der Mobilitätsplanung eintreten.

Demokratischere Gestaltung der EU: ein Thema mit erheblichem Diskussionsbedarf

Die Antworten auf die Umfrage zeigen auf, dass es vor allem in der Frage, wie die EU demokratischer gestaltet werden kann, keinen wirklichen parteiübergreifenden Konsens gibt.

Konsens in punkto Verbesserung der Informationspolitik

- Konsens besteht bei den Parteien, die an der Umfrage teilgenommen haben, darin, dass die Informationspolitik der EU in verschiedenen Bereichen verbesserungswürdig ist. Folgende Frage wird von allen Parteien bejaht: *“Sollte verstärkt transparent und für die Allgemeinheit*

verständlich über die **Ratssitzungen der EU informiert** werden und das **EU-Parlament mehr Ressourcen für eine transparente und für die Allgemeinheit verständliche Aufarbeitung ihrer Sitzungen** (auch der verschiedenen Ausschüsse) erhalten?“

- Was die Frage betrifft, ob die Luxemburger Regierung selbst weitaus stärker als in der **Vergangenheit im Vorfeld von wesentlichen Entscheidungen auf EU-Ebene eine öffentliche Debatte** sicherstellen muss, besteht ebenfalls ein recht breiter Konsens, alle Parteien bejahen diese Aussage, mit einer Einschränkung seitens der DP. Diese beantwortet die Frage nicht mit ja oder nein sondern „...begrüßt, dass die Regierung regelmäßig auf öffentliche Debatten einlädt (z.B. europäische Bürgerkonsultation mit Präsident Macron, Kommissar Günther Oettinger usw.) und unterstützt auch in Zukunft Debatten über die Ausrichtung der EU-Politik“. Die LSAP ihrerseits richtet in diesem Zusammenhang einen Appell an andere Akteure: „Wobei die gleiche Anforderung auch an andere gesellschaftliche Kräfte zu richten ist“.

Entscheidungsprozesse über EU-Fragen in Luxemburg: fehlender Konsens

- Zustimmung findet noch bei allen Parteien die Anregung, mindestens einmal jährlich solle eine **grundsätzliche Debatte in der Abgeordnetenkommission über die generelle Ausrichtung der Prioritäten der EU-Politik und der diesbezüglichen Stellung Luxemburgs** stattfinden.
- Dieser Konsens bricht jedoch ein bei der Frage, ob die **„Regierung bei wichtigen Entscheidungen auf EU-Ebene über ein explizites Mandat der Abgeordnetenkommission verfügen muss?“**. Eine Forderung, die gerade für den Mouvement Ecologique von besonderer Bedeutung ist, denn nur so können Entscheidungen transparent verfolgt und eine Aufwertung der Abgeordnetenkommission erfolgen! Die DP spricht sich gegen ein derartiges Mandat aus, ebenfalls die LSAP Anmerkung LSAP: „Wir treten dafür ein, dass die zuständigen Ministerien vor **wichtigen EU-Entscheidungen die Meinung der zuständigen parlamentarischen Kommission einholen**“. Déi Gréng ihrerseits beantworten die Frage nicht mit „ja“ oder „nein“, u.a. mit der Anmerkung „Wer entscheidet, welche Entscheidungen auf EU-Ebene wichtig sind und deshalb ein explizites Mandat der Chamber benötigen würden?“ und machen ihrerseits Verbesserungsvorschläge für besser Entscheidungsprozesse (siehe Tabelle).

Eine für den Mouvement Ecologique nicht nachvollziehbare Haltung der politischen Parteien. Schließlich gibt es in anderen Ländern, z.B. im deutschen Bundestag, eine Regierungserklärung VOR wichtigen EU-Tagungen.

- Auch die Frage: „Treten Sie dafür ein, dass **die Interventionen / Stellungnahmen der Vertreter der Mitgliedsstaaten** bei wichtigen Fragen - auch im Vorfeld von Entscheidungen - verstärkt offen gelegt werden?“ findet bei der DP keine Zustimmung („wir sind gegen ein imperatives Mandat“), der LSAP ist die Fragestellung zu unklar, sie äußert sich nicht („können Sie die Frage bitte näher erläutern“).

Rechte der BürgerInnen gegenüber der EU-Kommission ausweiten

- Alle Parteien treten zudem dafür ein, die **Informationsmöglichkeiten und Rekursrechte der BürgerInnen gegenüber der Kommission auszuweiten**. Die DP ihrerseits möchte die Frage jedoch nicht mit ja oder nein beantworten, sondern schreibt: „dass die EU-Kommission jetzt

schon den Bürgern umfassende Informationen zur Verfügung stellt, verschließt sich jedoch nicht einer Erweiterung dieser“.

Dass es gerade keinen wirklichen Konsens zwischen den Parteien gibt, was den Umgang in Luxemburg selbst mit EU-Fragen betrifft resp. was eine gewisse demokratische Umgestaltung der EU anbelangt, ist bedauerndwert. Jedoch: es hat auch ein Gutes, dass derartige Differenzen offen dargelegt werden. Denn nur so kann ein ehrlicher Diskurs darüber geführt werden, welches in Zukunft die Rolle einer Abgeordnetenkammer, der Regierung, der Zivilgesellschaft bei wichtigen EU-Entscheidungen ist und wie generell EU-Strukturen demokratisiert werden können. Dabei ist der Mouvement Ecologique der festen Überzeugung, dass eine stärkere Zustimmung breiter Bevölkerungskreise zur Idee der EU davon abhängt, ob Entscheidungen in Zukunft transparenter getroffen und die Abgeordnetenkammer sowie BürgerInnen verstärkt eingebunden werden.

Fazit

Die Resultate der Umfrage geben größtenteils Anlass zu Hoffnung auf neue Wege in der EU-Politik: der Mouvement Ecologique hat nicht in diesem Ausmaß mit einem Konsens zu zentralen Aussagen der nachhaltigen Entwicklung gerechnet. Dass sich die absolute Mehrzahl der Parteien - mit Ausnahme der CSV und Volt, da deren Stellung nicht bekannt ist - für fundamentale Reformen, aber auch für konkrete Instrumente im Sinne der nachhaltigen Entwicklung einsetzen, macht Mut.

Zusätzliche interessante Differenzen in den Aussagen der verschiedenen politischen Parteien dürften ihrerseits eine Entscheidungshilfe für interessierte WählerInnen darstellen.

Darüber hinaus ist aber ein Resultat dieser Umfrage von besonderer Relevanz: Wir benötigen vor allem in Luxemburg eine breite Debatte darüber, wie in Zukunft EU-Fragen diskutiert werden sollen und welches die Rolle der Bevölkerung, der Zivilgesellschaft, der politischen Parteien, der Abgeordnetenkammer sowie der Regierung ist! Denn in diesem Punkt gehen die Meinungen am meisten auseinander. Dabei ist gerade dieser Punkt essentiell, wenn die EU demokratischer gestaltet werden soll....

Es gilt natürlich im Detail beim Abstimmverhalten der gewählten EU-Vertreter zu verfolgen, ob u.a. die Aussagen, die zu diesem Fragekatalog gemacht wurden, auch im Konkreten respektiert werden.

Der Mouvement Ecologique jedenfalls wird sein Bestmöglichstes tun, um die diesbezügliche Debatte weiterhin zu vertiefen.... Und die Politiker und Parteien unterstützen, die es ernst nehmen, mit einer Reihe von wichtigen Versprechen!